

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

Haushaltsplan 2018 beschlossen



Man glaubt es kaum, aber tatsächlich: Die Koalition hat nicht nur über mehr oder weniger bekannte Masterpläne und Münchener Extrawürste diskutiert, sondern – fast wie nebenbei – auch noch gearbeitet: Nämlich unter anderem den Haushaltsplan 2018 verabschiedet. 2018? Das mag mancher fragen: Das Jahr ist doch schon halb rum! Ja, tatsächlich 2018, denn nach Wahljahren verzögert sich die Haushaltsplanaufstellung – und dieses Mal ganz besonders.

Azubis und Fachhochschulen im Fokus

Im Schnelldurchgang haben wir „Haushälter“ im Bundestag den Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung intensiv beraten – und haben auch einige Änderungen vorgenommen. Am genauesten kann ich das für den Bereich Bildung und Forschung berichten, da ich dafür die unmittelbare Verantwortung als Berichterstatter der SPD-Fraktion habe. Auf meine Initiative hin wurde der deutliche Ausbau der internationalen Austauschprogramme für Studierende und Auszubildende beschlossen. Mit einer ersten Anschubfinanzierung in 2018 sollen damit speziell Studierenden von Fachhochschulen und jungen Berufstätigen internationale Erfahrungen ermöglicht werden. Gerade angesichts der tiefgreifenden Umbrüche in der Welt, wollen wir mehr jungen Menschen berufliche und persön-

liche Perspektiven eröffnen und sie auf die Herausforderungen in einer globalisierten Welt vorbereiten. Da insbesondere Fachhochschüler und Auszubildende noch nicht so stark international unterwegs sind, setzen wir hier einen Akzent. Darüber hinaus stärken wir die Forschung an Fachhochschulen. Die FHs werden bei der Forschungsförderung schlecht behandelt. Dabei leisten sie enorm viel und haben eine hohe Bedeutung für Bildung und Wirtschaft. Darum wollen wir dort gezielt Verbesserungen vornehmen.

Und: Der Digitalpakt Schule kann endlich kommen! Wir haben 2,4 Milliarden Euro für die Errichtung eines Sondervermögens „Digitale

Infrastruktur“ bereitgestellt und damit finanziell den Weg für den Digitalpakt Schule geebnet. Unter Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist das nicht gelungen. Die Planungen im Bundesbildungsministerium sind damit endlich mit Geld unterlegt. Nun liegt es an Frau Ministerin Karliczek rasch zu einer Bund-Länder-Vereinbarung zu kommen.

Keine Neuverschuldung

Erneut sieht der Haushaltsplan keine Neuverschuldung vor. Ich weiß, dass das viel Zustimmung findet, aber gerade in der SPD und bei Gewerkschaften auch kritisiert wird. Allerdings muss man dazu auch sagen, dass das nun bei weitem kein „Sparhaushalt“ ist. Tatsächlich haben wir bei Investitionen inzwischen die Schwierigkeit, dass das zur Verfügung stehende Geld gar nicht verplant, genehmigt, verbaut werden kann, weil die Kapazitäten dazu gar nicht reichen. (Noch) Mehr Geld für Investitionen könnte wohl so schnell gar nicht abfließen.

Viel wichtiger wäre darum, einen längerfristigen und verlässlichen Investitionspfad zu sichern, der auch dann gilt, wenn es mal nicht so gut läuft mit der Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und den Steuereinnahmen. Aber ob gerade mit der CDU/CSU langfristig geplant werden kann???

#SPDerneuern



Liebe Genossinnen und Genossen,

unfassbare Zustände in der CDU/CSU sind das. Jetzt, wo ich diese Zeilen schreibe, haben sich CDU und CSU notdürftig geeinigt, aber faktisch das Problem uns vor die Tür gekippt. Ich kann natürlich nicht sagen, was alles passieren wird bis zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Ausgabe des „Schulz-Reportes“ gedruckt ist. Nur so viel scheint klar zu sein: Auf längere Sicht wird das mit der CDU/CSU nicht gut gehen. Und wir dürfen nicht nur des lieben Friedens willen jeden Mist, den die vereinbaren, mitmachen.

Die SPD hat inzwischen eine gute Linie in der Flüchtlingspolitik vereinbart, die humanitäre Standards, rechtsstaatliche Verfahren, Hilfe für Länder in Notlagen, einen europäischen Ansatz und auch Regelung der Migration verbindet. Der Formelkompromiss der CDU/CSU ist jedoch weder humanitär tragbar, noch löst er irgendein sachliches Problem. Leider gerät über diesen Streit die Sachpolitik in den Hintergrund – von der es gerade in den letzten Wochen bei den Haushaltsberatungen sehr viel gab. Dazu und zu weiteren Themen auch bei uns vor Ort gibt dieser Report Auskunft.

*Einen schönen Sommer wünscht
Euer Swen*

Swen Schulz

Die Mobile Polizeiwache wird eröffnet

Im vergangenen Jahr hatte ich mich dafür eingesetzt, dass es auch in Spandau eine Mobile Polizeiwache geben wird. Wir hatten sogar eine Unterschriftenaktion gestartet, um aufzuzeigen, dass sich viele Anwohnerinnen und Anwohner mehr Polizeipräsenz wünschen. Gerade die Heerstraße Nord ist ein interessanter Ortsteil mit vielen Aktivitäten und großem Potential, aber eben auch mit Sorgen, auf die ich zunehmend von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen werde. Ich weiß natürlich, dass nicht alle Probleme mit der Polizei gelöst werden können. Darum setze ich mich immer aktiv für soziale Projekte und Angebote, das Quartiersmanagement und für die Investitionen des Stadtumbau West ein. Doch wir brauchen eben auch mehr Polizei. Die Mobile Wache ist ein Beitrag, um mehr Sicherheit vor Ort zu erreichen. Ich bin froh, dass der Senat das ebenso sieht und sich bei seinen Überlegungen nicht nur auf die Innenstadt konzentriert.

Abbiegeunfälle verhindern! CDU/CSU, SPD und Grüne ergreifen Initiative

Fraktionsübergreifend haben wir gerade eine Initiative auf den Weg gebracht. Um künftig Abbiegeunfälle zu verhindern, sollen LKW-Abbiegeassistenzsysteme eingeführt und verstärkt finanziell gefördert werden.

Immer wieder geschehen schreckliche Unfälle. Vor kurzem erst ist in Spandau ein Junge ums Leben gekommen. Es ist überfällig, dass lebensrettende LKW-Abbiegeassistenten verpflichtend eingeführt und auch Steuermittel zu ihrer Förderung bereitgestellt werden, um Fußgänger und Radfahrer besser zu schützen. Die Umsetzung dieses Vorhabens erfordert allerdings nicht nur Maßnahmen auf nationaler Ebene, da viele ausländische LKWs durch Deutschland fahren. Daraus ergibt sich das dringende Erfordernis einer sofortigen europaweiten Regelung.

Eigentlich sollte der Unfalltod Dritter ein Anliegen aller Firmen und Fahrer, aber auch der Städte und Gemeinden sein. Hier gibt es bereits Ansätze, die fahrzeugunabhängig sind – wie etwa der „Trixi-Spiegel“, der gerade in Freiburg getestet wird oder aber aus Flensburg der „Bike-Flash“.



Aktueller Stand: Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne



In der letzten Ausgabe des Schulz-Reportes berichtete ich, dass die Bundespolizei mit

einer Spezialeinheit in die Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne einziehen will und versprach dran zu bleiben. Spätestens ab dem Jahr 2027 sollen in der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei untergebracht werden. Das Gelände wird voraussichtlich ab 2021 in drei Bauphasen für die Nutzung durch die Bundespolizei umgebaut. Dafür sind rund 300 Millionen Euro veran-

schlagt. Bei einem Vor-Ort-Termin im Juni, den ich gemeinsam mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Kai Wegner auf Einladung der Bundespolizei durchführte, wurde zugesichert, dass hier kein neuer Hochsicherheitstrakt entstehen soll. Das optische Erscheinungsbild der Kaserne soll sich in das Gesamtbild der Wilhelmstadt einfügen. Wichtiges Thema für viele Anwohner: Die Hubschrauber. Die Bundespolizei wird zwar Hubschrauber stationieren, doch nur im absoluten Ernstfall wird sie diese nutzen. Übungsflüge etwa werden nicht durchgeführt.

Sobald die Planungen konkreter werden, werde ich die Spandau-Belange stark machen und rechtzeitig vor Baubeginn informieren.

Einbruchsicherung: Förderprogramm wird aufgestockt

Das Förderprogramm des Bundes für Einbruchsicherung ist gut nachgefragt. Wir haben jetzt die Fördermittel um zehn Millionen Euro auf jetzt 60 Millionen Euro erhöht. Zuvor waren bereits die Konditionen des Programms „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ verbessert worden, indem die Mindestinvestitionssumme auf 500 Euro herabgesetzt worden war. Damit können Hauseigentümerinnen und -eigentümer sowie Mieterinnen und Mieter, die in Sicherheit investieren wollen, eine Förderung erhalten. Im vergangenen Jahr hat die KfW mehr als 40.000 Förderzuschüsse für Einbruchschutz zur Verfügung gestellt. In rund 50.000 Wohneinheiten wurden damit verschiedene einbruchhemmende Maßnahmen realisiert. Neben Zuschüssen können auch Förderkredite mit günstigen Zinssätzen für Investitionen in den Einbruchschutz beantragt werden. Private Bauherren und Mieter können online



ihren Förderantrag bei der KfW stellen und erhalten in wenigen Augenblicken ihre Förderzusage. Informationen zu den Fördermöglichkeiten sind auf der Internetseite: www.kfw.de/zuschussportal oder unter www.kfw.de/einbruchschutz.





Spandau hält zusammen Gegen Rassismus und Gewalt

Am 22. Juni 2018 hatte der Evangelische Kirchenkreis Spandau gemeinsam mit der Islamischen Gemeinde Spandau zu einer Kundgebung eingeladen. Auslöser war eine islamfeindliche Attacke auf eine Frau, die ein Kopftuch getragen hat. Einer der Redner war ich. Hier ein Auszug aus meiner Rede:

„Was ist los in Deutschland? Das muss man sich tatsächlich fragen, wenn Frauen mit Kopftuch beleidigt, bespuckt, attackiert werden. Wenn Kippa-Träger angegriffen werden. Wenn schlafende Obdachlose angezündet werden. Wenn Schwule verprügelt werden. Es gab schon früher solche Attacken. Aber es ist nicht wie immer. Es wird mehr. Es beginnt im Internet. In den sogenannten „sozialen Medien“. Und es endet in Gewalt auf der Straße, in der U-Bahn, im Supermarkt. Ich bin sicher: Ausgrenzung, Gegeneinander und Hass werden bewusst hoffähig gemacht. Und Leute trauen sich nun auf der Straße mehr, fühlen sich bestätigt und im Recht. Und wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den Attacken aus anderen Richtungen. Rassismus und Gewalt gibt es eben in verschiedenen Arten. Alle Menschen die in Deutschland leben, stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes. Umgekehrt müssen aber auch alle, die hier leben, das Grundgesetz achten. Ob es ihnen passt oder nicht, ob sie es vielleicht anders gelernt haben oder welche Erfahrungen auch immer sie gemacht haben: Hier sind alle Menschen gleich und alle Religionen gleichermaßen akzeptiert. Diese Werte müssen wir vermitteln. Und durchsetzen.“

Siemens-Dynamowerk und Ledvance bleiben in Spandau

Die Fertigung im Siemens-Dynamowerk ist gesichert und ich bin sehr erleichtert, dass es dem Betriebsrat Anfang Mai gemeinsam mit dem Management der Berliner Siemenswerke gelungen ist, eine Zukunftsperspektive für den Standort Nonnendammallee und auch für das Gasturbinenwerk im Wedding zu entwickeln – obwohl es schmerzhaft Einschnitte geben wird.

Ebenso erleichtert bin ich über den Erhalt des Ledvance-Werkes in Spandau. 120 Mitarbeiter haben bis 2020 eine garantierte Beschäftigung. 80 Mitarbeiter können entweder eine Abfindung bekommen oder in eine Transfergesellschaft wechseln.

Nach monatelangen Verhandlungen und Protestaktionen sowohl bei Siemens als auch bei Ledvance wurde erreicht, dass die Mehrzahl der Arbeitsplätze in der Siemensstadt erhalten bleibt. Dazu beglückwünsche ich die IG Metall und die Beschäftigten von Herzen. Ich freue mich, dass ich die Aktivitäten unterstützen durfte und will weiter dazu beitragen, dass Industrie in Spandau Zukunft hat.

Sparkasse: Keine Filialschließungen in Spandau

Erneut beabsichtigt die Geschäftsführung der Berliner Sparkasse Filialen in Berlin zu schließen. Allerdings bestätigte man mir, dass 2018 keine Spandauer Geschäftsstelle davon betroffen sei. Die Aufgabe der Filialen in der Wilhelmstadt und der Neustadt waren ein harter Schlag. Die Sparkasse hat zwar Alternativangebote eingerichtet, aber ein vollwertiger Ersatz sind sie nicht. Deshalb freue ich mich, dass wenigstens für das Jahr 2018 keine weiteren Schließungen in Spandau anstehen. Die Sparkasse teilte in diesem Zusammenhang mit, dass die Entscheidung, welche Standorte für eine Schließung infrage kommen, mehrfach im Jahr überprüft wird und nicht zuletzt die Kunden mit ihren Füßen darüber abstimmen. Die Kundenfrequenz werde sehr genau beobachtet. Beabsichtigt sei, Kunden und Kiez-Community rechtzeitig zu befragen und in die Entscheidungen einzubinden. Das bedeutet, dass wir uns nicht sicher sein können und Pläne für weitere Filialschließungen möglich sind. Ich werde mich aber immer wieder dafür einsetzen, dass es nicht soweit kommt.